

KEIN POLIZEIGESETZ

Kein Polizeistaat • Kein Rechtsruck • Keine Ausbeutung

Das neue sächsische Polizeigesetz steht vor der Tür. Der deutsche Staat dreht die Schraube tiefer und weitet seine Zugriffsrechte auf unser Leben massiv aus. Ihr vermeintlich schönes Grundgesetz scheint nicht zu gelten, gerade noch einen schlechten Witz wert zu sein.

Gleichzeitig marschieren Neonazis durch die Städte und die neofaschistische Partei AfD macht sich im Parlament breit. Parallel dazu erreicht die Armut im Land und auf der Welt immer krassere Ausmaße. Menschen müssen vor den Zumutungen

des globalen Kapitalismus aus ihrer unbewohnbar gemachten Heimat flüchten oder verhungern. Die Weltgeschichte als eine Abfolge von Krisen.

Falls wir die Hoffnung hegen, dass es irgendwann noch einmal anders auf der Welt zugehen soll, als ein nie enden wollender Tritt ins Gesicht, müssen wir verstehen was dies alles miteinander zu tun hat. Dementsprechend finden sich in dieser Zeitung einige Texte gegen diese ungerechte Gesellschaft und ihr Polizeigesetz.



WAS IST DAS NEUE POLIZEIGESETZ?

Diese Punkte ändern sich im neuen sächsischen Polizeigesetz:

- ▶ Sogenannte Gefährder sollen künftig elektronische Fußfesseln tragen, an bestimmte Orte gebunden und mit Kontaktverboten belegt werden können. Wer oder was Gefährder sind, ist nicht näher bestimmt und liegt völlig im Ermessen der Polizeibehörden.
- ▶ Um Straftaten zu verhindern, soll das präventive Abhören oder Unterbrechen von Handyverbindungen durch die Polizei erlaubt werden.
- ▶ Polizeieinheiten sollen mit Maschinengewehren, Gummigeschossen, Elektroschockern und Handgranaten ausgestattet werden. Die Polizei wird mit Militärequipment ausgestattet.
- ▶ Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll massiv ausgeweitet werden.
- ▶ Autofahrer*innen dürfen entlang der Grenze zu Polen und Tschechien per intelligenter Gesichtserkennung überwacht werden. Dafür soll es einen 30 Kilometer langen Video-Korridor mit automatischer Gesichtserkennung geben. Dies entspricht ungefähr einem Drittel der Landesfläche.
- ▶ Städte dürfen ganze Viertel zu alkoholfreien Zonen erklären – und dies auch mit Bußgeldern von bis zu 1000 Euro durchsetzen. Dass die alkoholfreien Zonen nicht das Villenviertel betreffen versteht sich von selbst.
- ▶ Abseits des Polizeigesetzes wurde 2016 die schusswaffentragende Hobbystaatsmacht „Wachpolizei“ in Sachsen eingeführt. Sie haben eine verkürzte Ausbildungszeit und niedrigere Einstellungsanforderungen. Weiterhin wurde das militärische Panzerfahrzeug „Rheinmetall Survivor R“ für die Polizei angeschafft. Eine Kanzel mit Aufnahme für Maschinengewehre inklusive.
- ▶ Das neue sächsische Polizeigesetz setzt auf Militarisierung, präventivpolizeiliches „Precrime“, Abbau von Persönlichkeitsrechten und Willkürentscheidungen. Das ist „Polizeiarbeit des 21. Jahrhunderts“.

Es ist Politik gegen die Freiheit.

Politik gegen die Bevölkerung.

Politik gegen uns alle!

WAS IST STAATS- FASCHISIERUNG?

Autoritärer Staat und kein Ende in Sicht

Die Welt könnte soviel schöner sein. Viele Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle sind vorhanden. Woran es weiterhin mangelt ist eine vernünftige Organisation gesellschaftlicher Bereiche um die Freiheit des Einzelnen als gesellschaftliche Freiheit aller zu ermöglichen.

Der Staat versucht vermeintlich die Freiheit der Einzelnen zu gewährleisten und zwischen Mensch und Gesellschaft zu vermitteln. Doch im Kapitalismus agiert er vordergründig als Staat des Kapitals.

Die Erhaltung des sozialen Friedens gilt als oberstes Ziel, welcher durch Polizei und Gerichte durchgesetzt wird. Emanzipatorische Bewegungen haben in der Vergangenheit oftmals gesetzeswidrig gehandelt, wurden kriminalisiert und waren staatlicher Gewalt ausgesetzt. Wenn der gesellschaftliche Druck jedoch zu groß ist, dann ändert sich auch staatliches Handeln.

Was einstmals als verboten galt, ist nun in gemäßigter Form integriert oder wird öffentlich bekundet. Der Staat unterliegt einer permanenten Transformation.

Das heißt, dass er sich den jeweiligen Bedingungen anpasst um die Fortsetzung und Stabilisierung des Kapitalismus zu ermöglichen. Gegenwärtig stehen jedoch viele Bereiche einer Verwertung nicht mehr zu Verfügung.

Die Folge sind „überflüssige Menschen“, die nach kapitalistischen Kriterien nicht ausgebeutet werden können. Diese Krisenerscheinung birgt immer das Potential vom Aufbegehren zum Wohle aller an Befreiung orientierter Menschen, jedoch auch die nationalistische Antwort um weiterhin nach oben zu buckeln und nach unten zu treten.

In den jetzigen Polizeigesetzen und eine immer weiter zugespitzte Diskussion um mehr staatliche Kontrolle drückt sich eine strukturelle Staatsfaschisierung aus. Sonderrechte erlauben es nun, bereits präventiv gegen unerwünschtes Verhalten strafrechtlich vorzugehen. Es reicht allein die „drohende Gefahr“ um mit allen technischen Mitteln der Zeit Menschen zu überwachen oder zu verhaften. In Zeiten von Big Data werden Informationen zu unliebsamen Personen gesammelt und dienen zur Kategorisierung. Die Gewaltenteilung innerhalb einer repräsentativen Demokratie erhält Risse, wenn die Exekutive zum Schutz vor „drohender Gefahr“ eigenmächtig agieren kann. Recht ist dann das, was die Polizei anordnet.

Die Faschisierung die hier gemeint ist, ist eine Entwicklung, die ohne das Schreckbild einer fahnenschwingenden Nazipartei auskommt. Die Staatsfaschisierung funktioniert ohne jeden Bruch in der bürgerlichen Gesellschaft von SPD und CDU.

Staatsfaschisierung meint also, Grundrechte und das Recht auf körperliche Integrität derjenigen in Frage zu stellen, die vermeintlich Sicherheit und Ordnung stören. Die derzeitige Legitimitätskrise des Staates versucht dieser durch mehr Sicherheit zu kaschieren. Nationalistische Abschottung erhält somit seine Akzeptanz, wogegen Kämpfen gegen die allgemeine Misere Repression und Knast droht.

Die Zeiten sind düster, aber ohne Versuche des Widerstands sind sie umso unerträglicher.

INHALT

Was ist das neue Polizeigesetz?	1
Was ist Staatsfaschisierung?	2
Wer jetzt nicht aufpasst... ..	3
Weder Freiheit noch Gleichheit	4
Waffenverbotszone alias Kontrollgebiet	5
Bist du auch Gefährder*in?	6
Inflation der Einzelfälle	8
Krise als Gesetz	10
Die juristische Illusion	12
Diskutieren im Knast	14
Das neue Polizeigesetz stresst	15

WER JETZT NICHT AUFPASST...

Warum wir gegen das Polizeigesetz sind

Die Freund*innen von Knüppel und Wumme haben Großes vor. Die drohende Gefahr soll nun neuerdings hinter jeder Ecke lauern, und der Zugriff jederzeit erfolgen. Sie wollen mit dem neuen Polizeigesetz mehr Befugnisse, mehr Überwachung, mehr Fußfesseln, mehr Kontrollbereiche, mehr Elektroschocker, mehr Maschinengewehre, mehr Wachpolizei, mehr Knüppel, mehr Büttel, mehr Kameras, mehr Panzer und natürlich weniger Kennzeichnung. Und warum sollte der Herr Kommissar, bei all der Bedrohung im Einsatz, eigentlich keine Handgranaten haben dürfen?

Passend dazu wird aktuell darüber diskutiert, dass die AfD in Sachsen stärkste Partei werden könnte. Dabei wird in Sachsen schon seit 1989 rechte Politik von der CDU gemacht, auf deren Mist dieses Gesetz gewachsen ist. Doch wir wollen uns hier gar nicht an allen im Polizeigesetz enthaltenen Schweinereien abarbeiten, sondern den Anlass nutzen, die Gesellschaft und die Politik, in der es entsteht zu kritisieren.

...darf sich nicht wundern

Denn auch 50 Jahre nach den Protesten gegen die Einführung der Notstandsgesetze 1968 dreht sich die Schraube der Verschärfungen immer weiter. Für uns stehen die Veränderungen des Polizeigesetzes für eine immer mächtiger werdende autoritäre Tendenz in dieser Gesellschaft. Sie sehnt sich nach einem starken, durchgreifenden Staat.

Auch ihr eigenes Grundgesetz, auf das sie sich so gerne berufen, steht massiv unter Beschuss. Für den autoritären Staat ist nichts tabu. Doch sind die Bürgerrech-

te, die hier mit abgeschafft werden sollen, selbst nur ein schlechter Witz. Denn Schlussendlich geht es den Freund*innen des Polizeigesetzes von CDU, SPD, AfD und Wirtschaft darum, noch kräftiger nach unten treten zu können. Mit ihrer Sicherheit meinen sie niemals die soziale Sicherung der Bevölkerung, sondern immer nur dumpfe Repression gegen jene, die nicht ins Konzept passen oder aufbegehren.

...darf nicht jammern

Wir wollen darauf hinaus, dass die Polizei keine Behörde ist, die nur Kindern das Radfahren im Straßenverkehr beibringt, böse Verbrecher einsperrt und deren Twitterkanälen man folgt. Sie ist in ihren Grundzügen abzulehnen, denn sie ist nicht erst mit den geplanten Änderungen des Polizeigesetzes einer der großen Stützpfeiler bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft. So stößt auch die bürgerlich liberale Kritik am Polizeigesetz an ihre Grenzen. Der Polizei vorzuwerfen, sie überschreite ihre eigenen Regelungen oder verlange nach undemokratischen Möglichkeiten, mag nicht unbedingt falsch sein, wir müssen Polizei und Staat jedoch als Ganzes zum Thema machen.

Ob der Protest gegen die Mieterhöhung, die Flucht über das Mittelmeer, der Streik für den Tarifvertrag auf Arbeit, die Demo im Stadtteil oder der Diebstahl im Supermarkt. Wenn es darum geht, dass diese Gesellschaft der Ausbeutung, Eigentums und Nach-Unten-Tretens angekratzt wird, steht die Polizei gleich um die nächste Ecke. Da es ihre Aufgabe ist, den kapitalistischen Ausbeutungszusammenhang abzusichern und durchzusetzen, wird die

Polizei im Falle des Falles auch genau das tun – mit allen ihr verfügbaren Mitteln.

Dieser Staat, den die Polizei mit blanker Gewalt und Rechtsgrundlage verteidigt, ist untrennbar verwoben mit dem Kapitalismus, in dem Ausbeutung, Rassismus und soziale Spaltung so selbstverständlich sind, wie die patriarchale Herrschaft der Männer über die Frauen und alle anderen Geschlechter.

...darf nicht erstaunt sein

Wir wollen den Staat und sein System, das auf der Ausbeutung und Ungerechtigkeit von Lohnarbeit über Hartz4 basiert weder gewaltsam übernehmen, noch von Innen reformieren. Wir wollen weder einen starken, noch einen liberalen Staat: Wir wollen eine Gesellschaft, die ohne Ausbeutung und Unterdrückung organisiert ist.

...darf nicht überrascht sein

Wir laden alle ein, am Aufbau einer solchen freien Gesellschaft mitzuwirken, denn wer könnte sonst dafür kämpfen, wenn nicht wir selbst? Ein Blick über den Tellerrand gibt Hoffnung, in Nordsyrien hat sich die Gesellschaft in Rojava formiert, um neue Wege abseits des Kapitalismus zu gehen.

Aber eines ist sicher: Das neue Polizeigesetz ist ein großer Schritt in die entgegengesetzte Richtung. Daher protestiert gegen das Polizeigesetz, macht euch stark für eine bessere Gesellschaft ohne die Freund*innen von Knüppel und Wumme.

...wenn er*sie morgen in einer Diktatur lebt

WER JETZT AUFPASST

ist gegen diese ungerechte Gesellschaft und ihr Polizeigesetz!



WEDER FREIHEIT NOCH GLEICHHEIT

Eine antirassistische Kritik am Polizeigesetz von inhumanity

Das neue Polizeigesetz, das in Sachsen verabschiedet werden soll (SächsPVDG und SächsPBG), wird Auswirkung auf alle Menschen haben die sich hier aufhalten. Schwarze, nicht-deutsch gelesene Menschen und Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung sind davon allerdings noch mal stärker betroffen. Inwiefern das PolG damit den rassistischen Status Quo verschärft, soll der Text zusammenfassen. Im Anschluss soll es eine Einordnung geben, inwiefern die Polizei als staatliche Institution als Schutz für die Aufrechterhaltung des bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaates funktioniert.

Institutioneller Rassismus und Racial Profiling

Die Polizei ist eine dem Innenministerium nachgeordnete Behörde, die für die Gefahrenabwehr, Aufklärung und Verhinderung von Straftaten verantwortlich ist. An Paragrafen und interne Verordnungen gebunden, hat sie die Macht, Menschen als „kriminell“ einzustufen und zu verfolgen. Dass dies dazu führt, dass bestimmte Personengruppen mehr und andere weniger von Kriminalisierung betroffen sind, hat sowohl eine strukturelle Ebene, als auch eine Individuelle. Polizist*innen sind Menschen mit einer politischen Meinung, durch die Gesellschaft geprägt, sozialisiert und keine neutralen Roboter. Diskriminierungen sind gesellschaftliche Probleme, die sich durch staatliche Institutionen ziehen und dort, aufgrund der Machtgefälle, besonders ausschlaggebend für Leben sind.

Besonders kommt dies bei verdachtsunabhängigen Personenkontrollen zu tragen, die nun durch die Einrichtung von Gefahren- und Kontrollgebieten immer häufiger als Repression und zur Überwachung eingesetzt werden. Von solchen Kontrollen sind hauptsächlich Menschen betroffen, die für die Polizei „ausländisch“ aussehen. Das gezielte Ausschauen nach dem äußeren Erscheinungsbild einer Person nennt man *racial profiling* und es ist diskriminierend, weil es Menschen aufgrund ihres Aussehens als „kriminell“ einstuft. Racial profiling verstößt gegen das Diskriminierungsverbot und den Gleichheitsgrundsatz, der im Art. 3 Absatz 1 des Grundgesetzes steht. Gerade gegenüber Migrant*innen wiegen sich die Beamt*innen in der Sicherheit, dass die Betroffenen, aus Angst vor dem Verlust einer oft unsicheren Aufenthaltserlaubnis, keine Anzeige erstatten. Das führt, neben der ohnehin auftretenden Polizeigewalt gegen (linke) Demonstrie-

rende, Journalist*innen und Sanitäter*innen auf Demos, zu zahlreichen Übergriffen auf schwarze Menschen und Geflüchtete. Neben Rassismus zeigen sich auch andere Diskriminierungsarten in polizeilichen Handeln, wie Antisemitismus (Sinti und

Roma sind Betroffene) und Transfeindlichkeit (gegen Menschen gerichtetes Handeln, deren biologisches und soziales Geschlecht verschieden ist).

Eine konsequente Fortsetzung des Status Quo.

In dem aktuellen Gesetzesentwurf finden sich einige Änderungen, die sich auf Migrant*innen besonders negativ auswirken können. Jedoch nicht speziell, weil das Gesetz zwischen Staatsbürger*innen und Menschen ohne Staatsbürgerschaft trennt, sondern weil die Polizei innerhalb von gesellschaftlich verankerten Stereotypen handelt und weiter in unser Leben eingreifen kann.

Die Möglichkeit, heimliche Kontrollgebiete einzurichten, wird durch § 15 I Nr. 6 SächsPVDG geschaffen, wodurch die Identität festgestellt werden kann und gem. § 28 Nr. 7 SächsPVDG auch Sachen durchsucht werden können. Die Angst vor ständiger krimineller Einstufung und Kontrolle führt dazu, dass Menschen sich in ihrer täglichen Lebensgestaltung selbst einschränken und öffentliche Orte meiden, um dem zu entgehen. Solche „No-Go-Areas“ können kein Ausdruck einer libertären Demokratie sein. Die massive technische Aufrüstung der Polizei wird zudem auch noch bei Abschiebungen verstärkt eingesetzt und trifft so diejenigen, die kaum (oft durch fehlenden Rechtsbeistand) grundrechtlichen Schutz genießen und sich gegen Verletzungen wehren können.

Nicht nur ein Gesetz, sondern ein System

Die Änderung der Polizeigesetze, die gerade bundesweit stattfindet, steht in einer Reihe mit der autoritären Entwicklung zu mehr Kontrolle, Überwachung und Kriminalisierung jeglichen Verhaltens, welches nicht in die bürgerliche Norm gezwungen werden kann. Der Ausbau eines Repressionsorgans, das ungleiche Verhältnisse aufrecht erhält, soll dabei eine legale Grundlage bekommen, um weitreichende Eingriffe in die Leben der Menschen vornehmen zu können und das mit immer stärkeren Mitteln. Die Aufrüstung und Militarisierung der Polizei, die im Rahmen von antifaschistischen Kundgebungen immer wieder Thema war, trifft auch

und vor allem arme und migrantische Communities. So wird in sogenannten „sozialen Brennpunkten“ Präsenz erhöht und es laufen auch mal Polizist*innen mit Maschinenpistolen Streife. Auch die Aufrüstung bei Großereignissen wie zum Tag der deutschen Einheit in Berlin – trifft vor allem Personen, die als „Ausländer“ eingeordnet werden, denn das Bild vom „Terroristen“ ist stark geprägt von rassistischen Zuschreibungen. Der bürgerlich kapitalistische Nationalstaat wurde zur Sicherung der Eigentumsverhältnisse errichtet und ist auf verschiedene Diskriminierungsmechanismen und -formen angewiesen, um die privilegierte Stellung zu konservieren. Rassismus, der die wirtschaftliche, militärische und ideelle Hegemonie des globalen Nordens rechtfertigen soll, ist daher genauso wichtig zur Aufrechterhaltung wie Sexismus, der unbezahlte Reproduktionsarbeiten an Frauen* überträgt. Besonders wenn mehrere Unterdrückungsformen aufeinander treffen, führt dies dazu, dass Menschen (z.B. schwarze geflüchtete Frauen* ohne gesicherten Aufenthaltsstatus) in der Repräsentativdemokratie marginalisiert werden, kaum sichtbar sind und massiver Ausbeutung ausgeliefert sind.

Die Krise des Kapitalismus wird seit Jahrzehnten weg reguliert und fand seine Zuspitzung in den neoliberalen Reformen und die de facto Aushebelung des Menschenrechts auf Asyl in der BRD 1993. Grenzsicherung wird als Mittel der Regulierung von sozialen Bewegungen, die eine Reaktion auf ungleiche Machtverhältnisse global darstellen, eingesetzt. Menschen sterben auf dem Weg zu einem sicheren Ort und werden selbst beim Ankommen im „Zielstaat“ noch in Lager gesteckt, bürokratischen Sanktionen unterzogen und zur Zielscheibe von polizeilichem Handeln.

Das Sterben auf dem Mittelmeer, in der Sahara und in den libyschen Lagern, zeigt außerdem, dass nicht nur im Hambacher Forst – Profitinteressen und die Absicherung von Gewinnen erste Priorität von kapitalistisch verfassten Regierungen sind.

Weder Freiheit noch Gleichheit

Die Polizei spielt im Verhältnis von Staat und Mensch eine besondere Rolle, da sie das Gewaltmonopol innehat und Recht und Gesetz durchsetzt. Durch sie werden also „die Gesellschaft“ und „der Staat“ geschützt. Die Konstitution unserer Gesellschaft und Institutionen steht jedoch immer noch in einer (neo)kolonialen und

patriarchalen Kontinuität, sodass durch die Durchsetzung der Gesetze Herrschaftsverhältnisse immer wieder aufs Neue manifestiert werden. Weder die Verfassung (Grundgesetz) noch einzelne Gesetze können daher als allgemeiner gesellschaftlicher Konsens, der die Freiheit und Gleichheit aller Menschen festsetzt und allen zugute kommt, gesehen werden.

Sie sind die Legitimation der Verteidigung privilegierter Stellungen für wenige gegen diejenigen, die nach Gerechtigkeit und Gleichheit streben.

Befreiung als einzige Alternative

Kein Polizeigesetz der Welt kann uns die Freiheit schenken, nach der wir suchen – eine Gesellschaft ohne Diskriminierung, ohne Abwertung von Menschen, ohne Grenzen. Wir sind gegen die geplanten Reformen, ohne für die Erhaltung des

Status Quo zu sein. Denn dieser ist schon jetzt dafür verantwortlich, dass rechte Mobs unaufgehalten durch die Polizei durch Straßen ziehen und rassistische, national(sozial)istische und antisemitische Sprüche skandieren.

Auch davon sind nicht nur Weiße betroffen, sondern vor allem und existenzieller schwarze Antifaschist*innen. So können aber genau jene Ereignisse aus Chemnitz und Köthen kein Grund sein, schärfere Gesetze zu verlangen, da diese Verfehlungen nicht auf unzureichender Ausrüstung oder fehlenden Befugnissen gelegen hat, sondern an einer Verharmlosung rechter Gewalt und die engen Verbindungen zwischen staatlichen Sicherheitsbehörden und der rechten Szene. Wir dürfen niemals hinter einen demokratischen Standard zurückfallen. Dass soll uns aber nicht davon abhalten über Alternativen jenseits von

Kapitalismus, Repräsentation und bewaffneten Kontrolleinheiten zur Durchsetzung von etablierten Machtverhältnissen nachzudenken und für unsere Ideale zu streiten.

Ein neues Polizeigesetz wird wahrscheinlich unumgänglich sein; wie es aussehen wird ist noch nicht final entschieden. Von daher ist die Verabschiedung des Gesetzes nicht nur die Erweiterung von polizeilichen Rechten, die in die Rechte von Bürger*innen eingreifen dürfen. Es ist auch ein Spiegel, welche Entwicklung unser Zusammenleben in Zukunft nehmen wird. Gesellschaft organisiert von Behörden und Vertreter*innen, anstatt von uns selbst, das ist nicht die Freiheit die wir wollen.

Doch auch wenn wir uns im Moment noch mit dem Staat und seinem Gewaltmonopol arrangieren müssen, dürfen wir nicht aufhören dagegen anzukämpfen.



WAFFENVERBOTSZONE ALIAS KONTROLLGEBIET

Polizeiwilkkür in Aktion von *kriminell ist das system*

Die Leipziger Eisenbahnstraße ist seit dem 5.11.18 eine Waffenverbotszone.

Kern der Einrichtung ist, dass jede Person, die absichtlich oder unwissentlich eine Waffe oder einen gefährlichen Gegenstand mit in dieses Gebiet nimmt, bis zu 10.000€ Strafe zahlen muss. Natürlich nur, wenn sie dabei erwischt wird und solange keine bestimmten Ausnahmen greifen. Trotz unklarer Rechtslage führt die Polizei verdachtsunabhängige Kontrollen durch und wir sind mit mehr Polizeipräsenz konfrontiert. Dass dies nur ein Instrument ist, um einen selbst produzierten „Kriminalitätsschwerpunkt“ zu befrieden und unter dem Label der „Sicherheit“, wie auch beim Polizeigesetz, eine autoritäre Entwicklung voranzutreiben, ist für uns klar. Die Bezeichnung „Waffenverbotszone“ ist irreführend. Waffen mit sich herum zu tragen ist in den seltensten Fällen erlaubt und das ist auch gut so. Was es der Polizei durch die Erforschung von Verstößen ermöglicht, ist jedoch vor allem die Suche nach Menschen, die keinen Aufenthaltstitel bekommen und deswegen kriminalisiert werden. Racial profiling – Kontrollen sind gängige rassistische Praxis. Noch dazu bei der sächsischen Polizei, die mit Meldungen über Sympathie mit AfD und neonazistischen Strömungen, sowie einem offen rassistischen Ton, immer wieder in die Kritik geraten ist.

Als Begründung für die Notwendigkeit einer WVZ wird immer wieder auf die steigende Kriminalität verwiesen. Wir haben keine Motivation Verletzung von Leben, Körper, Freiheit

und sexueller Selbstbestimmung kleinzureden. Die Panik vor der steigende Kriminalität, die aus den polizeilichen Kriminalitätsstatistiken hergeleitet und dramatisiert wird, verblasst bei genauer Betrachtung. Nicht nur, dass sich die Bevölkerungszahl hier im Viertel enorm vergrößert hat – was zugenommen hat sind vor allem Straftaten, die sich auf Eigentum und Drogen beziehen. Kriminalität ist nur die Erscheinungsform sozialer Probleme und somit sollte die soziale Ungleichheit und herrschende Diskriminierung die Anknüpfung sein, um im Viertel für ein gutes Miteinander zu schaffen. Menschen klauen nicht aus Spaß, sondern aus Armut. Dass es einen Zusammenhang zwischen der hohen Anzahl an Diebstahl und sozialhilfeempfangender Menschen geben könnte, sehen sie nicht. Menschen verkaufen Drogen nicht aus Spaß, sondern weil sie wegen einer fehlenden Aufenthaltserlaubnis keiner legalen Arbeit nachgehen können. Dass die unmenschliche Asylpolitik diese Probleme selbst verursacht, sehen sie auch nicht. Oder sie wollen es nicht sehen, weil sie lieber Aufrüsten.

Wir sind der Überzeugung, dass eine Strategie, die auf der Personalisierung und Verräumlichung gesellschaftlicher Probleme basiert, nichts verbessern wird. Bestimmte Menschen und Orte werden kriminalisiert und bestraft. Dies führt jedoch nur zu permanenter Überwachung, einer Verschiebung aus dem Sichtbaren und dem Ausschluss von Menschen aus der Gesellschaft. Wir alle wollen hier leben und daher zusammen soziale Lösungsansätze für bestehende Probleme erarbeiten.

BIST DU AUCH GEFÄHRDER*IN?

Warum der Generalverdacht alle trifft von Out of Action

Ein bisschen Befugnisausweitung hier, ein paar Gesetzesverschärfungen dort? Was soll die Änderung von ein paar Paragraphen schon ausmachen in der Gesamtscheiße? Nun, vorsorgliche Abhörung von Telefonaten, Präventivhaft, massiver Einsatz von Staatstrojanern, Kontaktverbote, Gesichtserkennungsprogramme für die Überwachung öffentlicher Plätze und und und. Mithilfe der neuen Polizeigesetzgebung geht's in Sieben-Meilen-Stiefeln auf zum Polizeistaat. Die vielerorts geplanten Änderungen der Polizeigesetze betreffen linke Aktivist*innen dabei ebenso wie vermeintlich unpolitische Menschen. Dass das „Gefährder*innen-Suchrasster“ dabei insbesondere rassistische Strukturen verschärfen wird, liegt auf der Hand.

Ein Tag im Polizeistaat

Morgens um 10.00 Uhr im Gefährder*innenland Mmmh.. gähn.. du reibst dir die Augen, Blick auf die Uhr, raus aus dem Bett. Da klingelt das Telefon. Deine Genossin Songül ist dran. Sie ist ganz aufgeregt und erzählt dir, dass sie Ahmed, ihren Freund nicht mehr sehen dürfen soll. Ihr wurde polizeilich ein Kontaktverbot ausgesprochen, da Ahmed als Gefährder eingestuft wurde. Mit dem neuen Polizeigesetz ist es möglich, dass ohne konkrete Vorkommnisse, ohne begangene Straftaten eine Bewertung von Personen als „Gefährder*innen“ von Seiten der Staats- und Repressionsorgane vorgenommen werden kann. Mittels einer Software werden hierfür Daten über Verhalten, Lebensverlauf, (politischen) Einstellungen, Kontakten, etc. gesammelt und ausgewertet. Das System spuckt dann eine Risikobewertung aus. Wenn du Pech hast, wirst du von einer Computersoftware dann als „drohende Gefahr“ identifiziert. Unter dem neuen Gesetz erlaubt diese Einschätzung im Falle „einer abzusehenden Terrorgefahr“ eine Reihe polizeilicher Zwangs- und Überwachungsmaßnahmen: neben Kontaktverboten auch Aufenthaltsanordnungen bis hin zur Verordnung einer elektronischen Fußfessel, die 24/7 Auskunft darüber gibt wo sich der*die potentielle „Gefährder*in“ aufhält. Ihr berätet euch. Rechtlich gegen diese Maßnahme vorgehen könnt ihr jedoch nicht. Schließlich gibt es nur eine Einschätzung die juristisch nicht zu widerlegen ist – ihr habt keine Straftat begangen, es wird eben „nur“ angenommen dass ihr eine begehen könntet.

Auf Schritt und Tritt

Für deine Freundin heißt das auch, sich eine neue Bleibe zu suchen, da Ahmed und sie eine Wohnung teilen. Du bietest ihr an, erst einmal zu dir zu ziehen. Auf einmal reißt das Gespräch ab. Da weißt du, Vater Staat hört mit. Das ist jetzt ganz legal, denn „um Straftaten zu verhindern“, ist das präventive Abhören oder Unterbrechen von Handyverbindungen durch die Polizei erlaubt. Genervt stürzt du den zweiten Kaffee hinter und machst dich auf zur Uni. Dafür musst du durch die Innenstadt, die mittlerweile vorrangig aus Zonen besteht, in denen du videoüberwacht und mittels Gesichtserkennungsprogrammen digital identifiziert werden kannst. Die Speicherung der Videoaufnahmen ist im Entwurf auf zwei Monate festgelegt. Die hinzugezogene Expertenkommission zur Bewertung des Gesetzesentwurfs schlägt einen Monat vor. Diese Frist soll der Auswertung der Daten dienen. Die Auswertung soll ein geeignetes Mittel sein, um „Entwicklungen an derartigen Schwerpunkten zu erkennen, Gegenmaßnahmen daraus herzuleiten

und damit auch Straftaten zu verhindern“ (SPD). Hat ein Bulle hier einen konkreten Verdacht (für eine Straftat, Gefahrensituation) werden die Daten länger gespeichert. Welche Gründe einen „konkreten Verdacht“ hier rechtfertigen ist nicht genauer spezifiziert, aber absehbar: Für dich ist es stets ein unangenehmes Gefühl, dich durch diesen mit Augen und Ohren ausgestatteten öffentlichen Raum zu bewegen. Da du weißt bist, trifft dich ein „konkreter Verdacht“ jedoch ungleich seltener als dies bei einer Person of Colour der Fall ist. Freund*innen von dir wohnen in direkter Nähe zur tschechischen Grenze. Hier gilt die Komplettüberwachung: In Grenznähe sind Videoüberwachung und -aufzeichnung an öffentlichen Plätzen, automatisierte Kennzeichenerfassung und Gesichtserkennung in einer 30km-breiten Zone angedacht.

Ein schlechter Sci-Fi-Film?

Es wird Abend. Stell dir vor, du gehst ab und an in das Kulturzentrum deiner Stadt. Dieses wurde als Ausgangsort politischer Veranstaltungen identifiziert und rechtfertigt für die Polizei deine Zuordnung zu einer bestimmten Szene. Die Veranstaltung, die du besuchen willst, ist eine äußerst gefährliche Sache, z.B. eine Infoveranstaltung den Riots der vergangenen Tage in den Banlieus von Paris. Es wird zu einer Solikundgebung aufgerufen. Um sich die Sache zu vereinfachen, wird das ganze AZ unter Generalverdacht gestellt. Damit werden alle darin ein- und ausgehenden Personen kriminalisiert - und noch mehr Telefone und Computer werden abgehört und ausgespäht. Die Kundgebung, wird ebenfalls als gefährlich eingestuft, was dazu führt, dass das SEK mit Maschinengewehren und Gummigeschossen anrückt. Der Polizei rüstet auf und militarisiert ihre Spezialeinheiten. Die Schwelle für den Einsatz des SEKs ist seit dem G20 Gipfel schon drastisch gesunken. Seit letzten Sommer kann und wird „Widerstand“ gegen Cops härter bestraft. Kontakt mit Bullen wird also immer gefährlicher. Demgegenüber schweigt sich das Gesetz über Möglichkeiten zur verschärften Kontrolle der aufgerüsteten Staatsdiener*innen aus.

Klingt langsam wie ein schlechter Science Fiction Schinken? Mag sein, aber die Gesetzesänderung ist in wichtigen Teilen erschreckend unkonkret (Wer ist ab wann warum ein*e Gefährder*in?) und die Deutungshoheit haben die Cops, deren Macht immer weiter ausgebaut wird. In Anbetracht der politischen Lage in Sachsen kann mensch vielleicht nicht ganz unbegründet davon ausgehen, dass das Polizeigesetz ein riesiger Schritt in Richtung Polizeistaat und absoluter Überwachungs-maschinerie ist. Die geplanten Änderungen greifen tief ins Leben jede*r Einzelnen*en ein und versuchen uns als Aktivist*innen jegliche Stimme oppositionelle Haltung zu nehmen und politischen Widerstand im Keim zu ersticken...

Solidarity is our weapon

Deswegen ist es uns wichtig jetzt zu handeln, damit der Gesetzesentwurf so wie er von SPD und CDU formuliert wurde, gar nicht erst zum Tragen kommt. Dass Gegenproteste wirksam sind, haben wir in NRW oder Hessen gesehen.

Unter dem Vorwand der „inneren Sicherheit“ wird ein Gesetz verschärft, dass Gewalt legitimiert und Angst vor einer unspezifischen Gefahr schürt. Damit begünstigt es Misstrauen und Vereinzelung innerhalb der Gesellschaft und ebnet den Weg zu einer totalitären Gesellschaft.

Stellt euch vor, ihr lasst euch nicht von der Kriminalisierung abschrecken und trefft euch trotzdem weiter im AJZ. Die Anwohner*innen finden es auch scheiße, dass sie auf einmal permanent überwacht werden, sich ausweisen müssen um nach Hause zu gehen und den Umsonstladen nicht mehr besuchen können. Es werden immer mehr Fälle bekannt, in denen Personen zu Unrecht als Gefährder*innen eingestuft wurden, und das kann jede*n treffen. Die Wut über die Verhältnisse wächst, und damit auch die Unterstützung emanzipatorischer Kämpfe. Die eigene Bezugsgruppe wird immer wichtiger und es gibt Strukturen, um die Menschen, die momentan im Knast sitzen, zu unterstützen. Der Gesetzentwurf bedeutet einen Zuwachs

von Repression. Repression zielt darauf ab, widerständiges Handeln zu erschweren, was schon im Kopf anfängt: die Abhängigkeit von Strukturen, die für Sicherheit und Ordnung sorgen können, wächst, dafür werden auch Einschnitte innerhalb der eigenen Freiheit in Kauf genommen. Staatsgewalt nimmt zu, dafür schrumpfen die eigenen Handlungsmöglichkeiten. Wir fühlen uns ohnmächtig, mutlos und wir zweifeln an politischen Zielen und Idealen. Auch diese Gefühle sind gewollt, denn sie hindern uns an unserer politischen Praxis.

Was dagegen hilft? Schließt euch zusammen und lasst euch nicht vereinzeln. Organisiert die Solidarität, im Alltag, materiell und emotional!

Betroffene staatlicher Repression unterstützen

**ROTE HILFE
MITGLIED WERDEN!**

Solidarität leben

www.rote-hilfe.de

INFLATION DER EINZELFÄLLE?

Der Rechtsruck und das Polizeigesetz sind sehr gute Freunde von Tomasz Konicz, 28. Dez 2018

Sind es unzählige, bedauerliche Einzelfälle oder muss in Hinblick auf rechte Umtriebe im deutschen Staatsapparat schon von einem strukturellen Problem gesprochen werden?

Deutliche, klare Kritik an Deutschlands Sicherheitskräften wäre noch vor einigen Jahren in dem Mainstream der veröffentlichten Meinung kaum denkbar gewesen - schließlich gilt die Polizei in Deutschland laut Umfragen noch immer als eine der vertrauenswürdigsten gesellschaftlichen Institutionen. Doch inzwischen scheint das Narrativ der bundesrepublikanischen Polizei und Justiz, wonach es sich bei den rechtsextremistischen Umtrieben im Staatsapparat um Einzelfälle handle, in der Öffentlichkeit arg ins Wanken zu geraten.

Im Gespräch mit dem Deutschlandfunk bemerkte der Publizist und NSU-Experte Tanjev Schultz, dass es sich bei den vielen Skandalen der vergangenen Monate (Rechtsstaat in Aktion) mitnichten um eine Inflation von rechtsextremen Einzelfällen handle, sondern dass hier „eher ein strukturelles Problem“ bei den Sicherheitskräften vorliege. Diese würden oft Menschen mit „einen sogenannten autoritären Charakter“ anziehen, die dazu neigten, „womöglich rechtsextreme Einstellungen“ zu pflegen, die dann aufgrund des vorherrschenden Korpsgeistes bei der Polizei noch verstärkt und verbreitet würden.

Dies sei an und für sich kein neues Phänomen, so Schultz, doch zeigten die sehr vielen rechtsextremen Vorfälle der jüngsten Vergangenheit, dass die Polizei verstärkt ein Problem mit Rechtsextremismus habe, der „vielleicht nicht in der Mehrheit der Beamten, aber doch in einem beachtlichen Teil, in einer Teilgruppe, die uns Sorge machen muss,“ ausgeprägt sei. Es fehlten darüber hinaus wissenschaftliche Untersuchungen zu der sensiblen Thematik, bei denen die Verflechtung von Staatsstrukturen und Rechtsextremismus beleuchtet würde, da „Politik und auch die Behördenchefs“ bisher wenig Interesse gezeigt hätten. dies „systematisch als Problem zu erkennen und anzugehen“.

Mitte Dezember wurde etwa nach Medienrecherchen publik, dass die Innenministerien in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt weiterhin keinerlei Statistiken führen, die Auskunft über das Ausmaß rechtsextremer Vorfälle bei Polizei und Justizbehörden geben könnten.

Legitimitätsverlust

Die Tendenz innerhalb der Behörden, rechtsextreme Vorfälle „unter den Teppich zu kehren“ und dann irgendwie „intern“ zu lösen, führe zu einer starken Verunsicherung in einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik, schlussfolgerte Schultz. Viele Menschen mit Migrationshintergrund seien verunsichert, „auch mit türkischen Wurzeln“, da sie „schon lange kein Vertrauen“ mehr zu den Sicherheitskräften der Bundesrepublik hätten. Dies sei „ganz bitter und führt natürlich auch zu keinem gedeihlichen Miteinander“. Diese Menschen würden dann im Notfall nicht mehr Hilfe bei der Polizei, sondern woanders suchen, was „dramatisch“ sei.

Diesen drohenden Legitimitätsverlust der Polizei bei Bundesbürgern mit Migrationshintergrund thematisierte auch der Schriftsteller Deniz Utlu in einem Gastbeitrag auf Spiegel Online. Angesichts der jüngsten Vorfälle und des NSU-Skandals stelle sich die Frage „im Grunde nicht mehr“, ob die Si-

cherheitsbehörden vertrauenswürdig seien. Dieser „Vertrauensverlust“ wiege aber nicht so schwer wie der „Verlust von Menschenleben“, den der Rechtsterrorismus in der BRD zu verantworten hat.

Das Misstrauen gegenüber den Sicherheitsbehörden werde somit „beinah zu einer demokratischen Pflicht“, da innerhalb des Staatsapparates offensichtlich „Netzwerke“ existierten, die „sich zum Faschismus bekennen“, warnte Utlu. In einem funktionierenden Rechtsstaat komme es nicht so sehr darauf an, wie sicher sich diejenigen fühlten, „die nicht bedroht“ würden. Ob die Bundesrepublik ein Land mit „vertrauenswürdigen Behörden“ sei, entscheide sich „am Wohl derjenigen, die am wenigsten geschützt“ seien - obwohl es eine solche Personengruppe in einem Rechtsstaat gar nicht geben dürfte. Deswegen gelte es, die Perspektive der Menschen in der Bundesrepublik einzunehmen, „deren Körper am gefährdetsten sind“.

Frankfurter Polizisten wollten Kinder „schlachten“

Diese sehr konkrete Gefährdung der Körper von Menschen mit Migrationshintergrund hat ihre Ursache in den zunehmenden rechtsterroristischen Tendenzen in und außerhalb des Staatsapparates der Bundesrepublik. Welche Erfahrungen können nun Menschen mit Migrationshintergrund mit den Sicherheitskräften der Bundesrepublik sammeln?

Aus der Perspektive der Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz, die unter anderem als NSU-Opferanwältin auftrat, kann der deutsche Staatsapparat regelrecht terroristische Züge annehmen, die an die Praktiken des türkischen Regimes unter Erdogan erinnern: „Wir werden deine Tochter schlachten.“ Mit solchen Drohungen traktierten rechtsextreme Frankfurter Polizisten die als „miese Türkensau“ und „Schwein“ beschimpfte Anwältin in einem Drohschreiben vom 2. August, in dem ihre Privatadresse und der Vorname ihrer Tochter genannt wurden.

Basay-Yildiz solle sich „verpissen“, solange sie noch aus Deutschland „lebend“ herauskomme, schrieben die Polizeibeamten in dem Fax, die sich die Privatadresse der Anwältin durch Zugriff auf einen Polizeicomputer verschafften. Das Drohschreiben war unterzeichnet mit „NSU 2.0“, womit sich die daran beteiligten Beamten eindeutig in die rechtsterroristische Tradition des deutschen Nationalsozialismus stellten.

Inzwischen weitet sich der Skandal um die Nazi-Zelle im Frankfurter Polizeirevier Nr. 1, deren Mitglieder auch rassistische und verfassungsfeindliche Nachrichten in sozialen Netzwerken austauschten, auf weitere Polizeidienststellen in Hessen aus.

Das hessische Landeskriminalamt (LKA) ermittelt inzwischen auch in weiteren Verdachtsfällen gegen ein „rechtsextremes Netzwerk“ innerhalb der hessischen Polizei, berichtete Spiegel Online. Es seien auch Büros im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf durchsucht worden. Eine Arbeitsgruppe des LKA soll ermitteln, inwiefern sich ähnliche Nazi-Zellen in den Polizeikräften des Bundeslandes gebildet hätten.

Derweil wurde bekannt, dass das Frankfurter Polizeipräsidium die Übernahme der Ermittlungen durch das LKA hinausögerte, da es schon im Oktober darüber unterrichtet war, dass rechtsextreme Polizisten damit gedroht haben, die zweijährige Tochter einer NSU-Opferanwältin zu „schlachten“. Diese Informationen leitete das Polizeipräsidium nicht an das LKA weiter.

Berliner Drohgebärden und Dresdner Parteikarrieren

Mit Drohbriefen, abgeschickt von Polizeibeamten, beschäftigte sich auch das Berliner Landeskriminalamt. Mitglieder der linken Berliner Szene, Bundestagsabgeordnete, Journalisten und ein SPD-Mitglied haben Ende 2017 anonyme Drohbriefe erhalten, in denen ihnen die Weitergabe ihrer persönlichen Daten an rechtsterroristische Strukturen angedroht wurde.

Die in den Einschüchterungsschreiben verwendeten Informationen wurden im Rahmen polizeilicher Ermittlungen gegen die linke Szene in Berlin gesammelt, weshalb der Verdacht sehr schnell auf Berliner Polizisten fiel, wie auch die Menschenrechtsorganisation Amnesty International berichtete. Als Absender der Drohbriefe fingierte ein „Zentrum für politische Korrektheit“, eine offensichtliche Anspielung auf das in rechtsextremen Kreisen verhasste „Zentrum für politische Schönheit“

Inzwischen habe ein Berliner Polizist gestanden, die Schreiben unter Verwendung von polizeiinternem Material verschickt zu haben, meldeten lokale Medien unter Verweis auf Erkenntnisse des Magazins Kontraste. Demnach habe der Beamte einen Strafbefehl von 3500 Euro akzeptiert - er gilt weiterhin als nicht vorbestraft. Unklar bleibt weiterhin, wo genau der Täter im Apparat der Berliner Polizei tätig ist, da die Berliner Polizei alle diesbezüglichen Anfragen unbeantwortet ließ. Der Polizeibeamte, der Nazis mit den Adressen von Linken, Journalisten und SPDlern beliefern wollte, bleibt weiterhin im Amt.

Beamte, die illegal ihre Machtstellung im Staatsapparat ausnutzen, um ihre rechtsextremen Sympathien auszuleben oder die Neue Rechte zu unterstützen, scheinen in der AfD ihre politische Heimat gefunden zu haben. Dies lässt zumindest der Fall des Dresdner Justizvollzugsbeamten Daniel Z. (39) vermuten, der inzwischen in die ins Rechtsextreme abdriftende Partei eingetreten ist.

Gegen den Justizbeamten wird wegen der Verletzung von Dienstgeheimnissen ermittelt, da er den Haftbefehl eines der mutmaßlichen Täter veröffentlichte, die den Deutschkubaner Daniel H. in Chemnitz getötet haben sollen - dessen Tod im vergangenen August instrumentalisierten bekanntlich Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, um in Chemnitz pogromartige Ausschreitungen und Hetzjagden zu entfachen. Schon damals schienen Teile der Staatsmacht - insbesondere an der Spitze von Verfassungsschutz und Bundesin-

nenministerium - ihre Sympathien für den braunen Mob, der auf den Straßen wütete, kaum noch verbergen zu können.

Die illegale Veröffentlichung des Haftbefehls durch Daniel Z. soll maßgeblich zum Anfachen der pogromartigen Ausschreitungen in Chemnitz, die auch vor jüdischen Einrichtungen nicht Halt machten, beigetragen haben. Inzwischen wird der mutmaßliche Täter, gegen den immer noch die Dresdner Staatsanwaltschaft ermittelt, in rechten Kreisen als ein Held gefeiert. Der suspendierte Justizvollzugsbeamte ist inzwischen nicht nur der AfD offiziell beigetreten - er bemühte sich auch um eine Direktkandidatur in einem Dresdner Wahlkreis, hieß es in Medienberichten.

Schießfreudiges Uniter-Netzwerk

Neue Erkenntnisse zu der „Schwarzen Reichswehr“, einem mutmaßlichen Netzwerk von Rechtsextremisten in Spezialeinheiten der Bundeswehr und Polizeikräften, das Massenterror- und Putschpläne für den Krisenfall geschmiedet haben soll, legte indessen die Tageszeitung vor. Demnach arbeite das Uniter-Netzwerk an dem Aufbau einer bewaffneten Formation, eines paramilitärischen Arms.

Die Tageszeitung konnte eine militärische Übung des Uniter e.V. nachweisen, an der Mitglieder des sektenartig organisierten Netzwerkes mit Waffen oder Waffenattrappen im Juni 2018 in Mosbach teilnahmen - und die offiziell während eines „Ersthelfer-Training“ durchgeführt worden war. Die Zeitung legte zudem starke Indizien für weitere Trainingseinheiten der Gruppe vor. Der Leiter des Trainingsgeländes spricht inzwischen von einer „paramilitärischen Ausbildung“, die das Netzwerk dort durchführte. In einer Stellungnahme erklärte Uniter im Nachhinein, dass es sich hierbei um eine „Selbstverteidigungsübung“ gehandelt habe, bei der nur Waffenattrappen verwendet wurden. Inzwischen hat der Betreiber des Trainingsgeländes der Uniter e.V. dessen weitere Nutzung untersagt.

Gegenüber der Tageszeitung erklärte das Innenministerium in Baden-Württemberg, dass „keine rechtsextremistischen Bezüge“ zu Uniter festgestellt werden konnten, doch gegenüber der Leitung des Trainingsgeländes in Mosbach wurde die Einstellung der Zusammenarbeit mit Uniter von eben jenen Innenministerium in einem Schreiben ausdrücklich begrüßt. Bei informellen Gesprächen mit der Tageszeitung über Uniter hieß es seitens des Innenministeriums, man könne doch „nicht jeden Käse bewerten“.



KRISE ALS GESETZ

Warum die Polizeigesetze jetzt kommen

Der Polizeistaat kommt. Die Bundesrepublik zieht die Schraube des Eingriffs in unser Leben wieder einmal tiefer ins Fleisch. Bundesweit werden Gesetze in den Ländern verabschiedet die an einen dystopischen Roman erinnern. Der Polizei werden weitreichendste Befugnisse verliehen. Es setzt sich eine Auffassung von Polizeiarbeit durch, die sich von der Verfolgung von vermeintlichen Straftaten hin zu einer vollkommen präventiv arbeitenden Repressions- und Überwachungsgruppe wandelt. Durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen hat der Polizeiapparat nun die Möglichkeit zu überwachen, zu unterbinden und zu bestrafen ohne dass Straftaten passiert sind. Nicht zu vergessen, dass eine Archivierung und Aufzeichnung über diese Maßnahmen ebenfalls abgeschafft wurde.

Unter dem Stichwort der drohenden Gefahr sollen Straftaten verhindert werden, bevor sie geschehen. Nun auch gesetzlich festgeschriebenes Hilfsmittel ist hier der, diskursiv seit Jahren vorbereitete, sogenannte Gefährder. Der Gefährder ist eine nicht definierte Figur, irgendwo in der Schnittmenge zwischen ISIS-Terrorist, Flüchtling, Hooligan und zündelndem Linksradikalen auf der Elbchausee. Wer Gefährder wird, entscheidet künftig allein die Polizei.

Parallel dazu wird eine massive Militarisierung von Polizeieinheiten vorgenommen. Vom Panzerfahrzeug über Gummigeschosse, Taser, Handgranaten, Maschinengewehre und SEK Einsatz als neuem Standardprozedere bereitet sich der Polizeiapparat offenbar auf schwere innere Unruhen vor.

Dieses dystopische Szenario wird demnächst flächendeckend Realität sein. Nun drängt sich die Frage auf: Warum jetzt?

Weltenfresser Kapitalismus

Die Frage schürft tiefer als man zunächst denkt. Denn die drohende Gefahr ist eine Phrase, die ihren Ursprung im weltenfressenden aller dagewesenen Systeme hat, dem Kapitalismus.

Der moderne Kapitalismus bringt Armut, Hunger, Dürre, Überschwemmungen, Leid über die Einen und ein absurd wohlhabendes Leben in Saus und Braus über die Anderen. Dass wir 40 Stunden in der Woche unserer Lebens opfern müssen, um unserem Chef die Tasche zu füllen, ist mittlerweile so in die Normalität übergegangen, dass es fast niemanden mehr wütend macht. Genauso normal sind unsere Smartphones in der Tasche, die mit dem elenden Leben und Sterben der Koltan-Minenarbeiter*innen erkaufte wurden, in Ländern, die seit Jahrhunderten unter den Überresten unseres europäischen Kolonialismus ätzen. So passiert es im kleinen Rahmen mit Löhner*innen und Chefs in einem Land, und global im Großen in der Trennung in die verlorene Südhälfte und die gewinnende Nordhälfte.

Doch der Kapitalismus hat ein Problem: Er steckt in der Krise. Er hat solche riesige Produktionsmöglichkeiten geschaffen, dass ihm die Käufer*innen für all die Produkte fehlen. Zwar gibt es Hunger und Armut, doch können sich diese Menschen weder ein iPhone, einen SUV noch ein komplettes Mittagessen leisten. Es stellt sich also eine schleichende Krise ein, die allgemein mit der Schaffung neuer Absatzmärkte gestopft werden soll. Ob dies technologische Neuerungen oder unfassbar teure Kriege sind, bleibt erstmal gleichgültig. Unter dem Strich bleibt festzuhalten: Der Kapitalismus kämpft permanent um sein eigenes Überleben, und das mit allen Mitteln. Dabei hinterlässt er Chaos.

Doch hier zeichnet sich nun seit eher kurzer Zeit unheilvoll

eine niemals stopfbare, ultimative Krise am Horizont ab: Die Klimakatastrophe. Die potentielle Leblosigkeit der gesamten Erdoberfläche, ausgelöst durch die brachiale Gewalt, mit welcher der Mensch und sein Wirtschaftssystem den Planeten gefügig gemacht haben, scheint ein verspätetes Korrektiv einer Wirtschaftsform zu sein, die von vorn herein auf Untergang getrimmt war.

So zynisch diese Feststellung sein mag, so betroffen macht sie, wenn man sich vor Augen führt, was diese Krise des Weltenbrands den betroffenen Menschen auf dem Globus antun wird. Der globale Süden wird unbewohnbar und unfruchtbar zurückbleiben, ob überschwemmt oder ausgetrocknet. Die Folgen sind absehbar: Kriege um schwindende Ressourcen, Flucht- und Migrationsbewegungen, Abschottung. So vertraut diese Vokabeln klingen: Diese Krise hat ihren Anfang schon genommen. Nicht nur im Mittleren Osten entstehen heute soziale Aufstände um Wasserknappheit und Stromversorgung, die ihren Ursprung in der Klimaerwärmung haben.

Spätestens an dieser Stelle wird nun klar, was in einem globalen Rahmen die aufziehende drohende Gefahr für dieses System ist. Die vermeintlich drohende Gefahr sind jene Menschen, die auf absehbare Zeit vor dem Weltenfresser Kapitalismus flüchten müssen, um nicht auf der Strecke zu bleiben. Nicht umsonst gleichen sich die Schreckbilder von Gefährdern, rassistisch aufgeladen, auf der Nordhalbkugel dieser Welt: Sie sind keine Weißen, sie sind keine Europäer. Und sie werden, so ist man sich einig, mit den höchsten, sichersten und gefährlichsten Zäunen und Grenzen fern gehalten.

Solange der Kapitalismus weiter existiert, wird der grundsätzliche, mörderische Widerspruch zwischen den Subalternen auf der anderen Seite der Welt und den Gewinnern im Business der kapitalistischen Nationen weiter fortleben. Und die drohende Gefahr ist die Angst des Systems vor seinem eigenen Ende.

Der Schuss ins eigene Bein

Die drohende Gefahr, die sie in ihren neuen Gesetzen meinen, ist nach einem kurzem Blick in die Welt nicht die Gefahr vor dem Messer im Dunkeln oder der Junkies von der Ecke. Die drohende, aufziehende und bisher unkonkrete Gefahr gilt ihrem System der Ungerechtigkeit, auch wenn es den Funktionär*innen dieses Systems selbst wahrscheinlich kaum bewusst ist. Doch egal wie bewusst ihnen dieser Umstand ist, so verteidigen sie dennoch willfährig ihre Profite, die sich aus dieser himmelstreichenden Ungerechtigkeit ergeben.

Und hier kommt die Idee der Nationalstaaten wieder zum vollen Tragen – plötzlich ist angesichts der drohenden Gefahr in der globalisierten Weltwirtschaft wieder das Eifern nach dem besten Platz in der Liste der Nationen an der Tagesordnung. Der Nationalismus erreicht eine neue Höhe, und das ganz ohne eine nationalistische Bewegung, und geht wie eh und je über Leichen. Die mörderischen Außengrenzen der Europäischen Union im Mittelmeer zeigen uns eine offenliegende Facette dieses Eifers.

Doch die andere Facette der drohenden Gefahr, die sie meinen, liegt innerhalb den Nationalstaaten selbst. Es ist ihre innere Sicherheit, ihre nationale Integrität. Entsprechend der äußeren Bedrohung sehen die Gewinner dieser Welt diese ganz handfeste weitere Bedrohung: Es sind die inneren Feinde, die Aufständischen, die Kriminellen, die Jugendbanden, die Organisierten – also alle, die den Staat in seinen Grundfesten nicht anerkennen.

Die Bekämpfung dieser inneren Bedrohung im Dienste der



Nation hat lange Tradition in Deutschland, der Antikommunismus gehört gewiss dazu. Polizei, Verfassungsschutz und Justiz arbeiten Hand in Hand mit dem politischen Personal der BRD kontinuierlich daran, alle Elemente zu unterdrücken und zu kriminalisieren die am Ende des ungerechten Systems von wachsender Armut und Unterdrückung arbeiten. Abgesehen davon bekommen alle anderen inneren Feinde auch ihr Fett weg. Doch in einem der politisch stabilsten Länder der Welt, ohne eine organisierte revolutionäre gesellschaftliche Kraft, scheint es lächerlich von der Verschärfung der Polizeigesetze als Verschärfung der Repression einzig gegen Linke zu sprechen.

Doch in der abzeichnenden Zeit des Chaos, der aufziehenden Krise alles Systemischen, werden wahnhaft genau die unsicheren Elemente an der Heimatfront unter Beobachtung und Fußfessel gestellt, die eine Restgefahr der inneren Sicherheit bedeuten: Die Jugendbanden, die organisierten Linken und diejenigen mit dem falschen Pass. So gut es der Nation doch defacto geht, so wenig reale Feinde sich unter uns befinden, desto hyperventilierender und wahnhafter werden die law and order Maßnahmen beschlossen. Denn sie treibt die gewisse Angst um, dass es nicht so bleibt wie es ist.

Rechtsruck überall

Analog hierzu verhält sich der gesellschaftliche Rechtsruck. Denn was den AfD Wähler, den patriarchalen Evangelikalen und den Neonazimob in Chemnitz eint, ist ihre falsche Angst. Die Angst der Männergesellschaft vor dem fremden Mann als Sexbestie, homosexuellen Kindern, emanzipierten Frauen und der Lüge des Glücksversprechens des Kapitals. Alle Umfragen zu rechten Einstellungen bemerken fast beiläufig, dass es einem Großteil der durch ihre Antworten nachgewiesenen Faschisten in diesem Land finanziell gut geht, sie doch allesamt die Angst davor umtreibt, ihren Groschen in unabsehbarer Zukunft zu verlieren. Ein Schelm, der dabei vermutet dass sich hier Kapitalismus und rechter Wahn die Klinke in die Hand geben.

Die Angst vor der drohenden Gefahr treibt also in den rassistischen Projektionen der autoritären Charaktere dieses Landes ihr Unwesen. Nicht umsonst ist die Figur der „bombenlegenden“ Muslime und „lawinenartigen“ Afrikaner eine Urangst im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts.

Die Angst, die die kapitalistische Moderne um ihr eigenes Fortbestehen hat, ist den Menschen solchermaßen ins Gehirn gebrannt worden, dass sie nach jahrhundertelanger Zurichtung sogar ihre Ängste imitieren – natürlich ohne es zu merken.

Durch die Stimmung im Land geht dementsprechend ein scharfer kalter Wind. Der zählbare und spürbare Rechtsruck auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene hat jeweils wechselseitig politische Projekte ermöglicht, die vor einigen Jahren nicht denkbar gewesen wären. Der Rechtsruck im Staat schafft neue

Standards von Polizeiwilkkür, Überwachung und struktureller Gewalt. Der rechte Mob auf der Straße und in den Parlamenten reißt handfest und hetzerisch die Grenzen der Restmenschlichkeit und Geschichtsbewusstseins Tag für Tag weiter nieder und fordert deren Wiederaufbau mit Stacheldraht und Maschinengewehr an den Linien zum globalen Süden. Beide sind sich einig in dem wahnhaften Ruf nach mehr Sicherheit, und erkennen selbst kaum wieso ihnen diese Forderung auf der Seele brennt.

Das Polizeigesetz – du wirst nicht glauben was es wirklich ist

Die Polizeigesetze sind nun im Jahr 2018 die hart gehandelte Währung der inneren Sicherheit, die allein die Wahrung des Status Quo im Sinn hat. Die innere Sicherheit ist ihre Ideologie. Denn alle Rufe nach dieser Sicherheit die sie meinen, gespeist aus der Angst vor der gefühlten, drohenden Gefahr, sind die verdreckten Rufe dafür, in diesem System der globalen Ungerechtigkeit nicht als Verlierer sondern als Herrscher dazustehen.

So fühlt es der Staat, der gegen die Delinquenten im Staat vorgeht, und so fühlen es die AfD-Faschisten, die sich auf Ausländer-Hatz befinden und umgekehrt.

Die Polizeigesetze mit ihrer Militarisierung und Überwachung sind ein Werkzeugkoffer dieses unfassbar ungerechten Systems, sich selbst zu erhalten, komme was da wolle. Ihre Ideologie ist die Macht – die Herrschaft weniger über die Vielen.

Selbst wenn diese Reihe an Gesetzesverschärfungen noch Luft zum Atmen lassen sollten – die nächste Batterie kommt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit.

Von der Dystopie zur konkreten Utopie

Doch was wären wir für Menschen, wenn wir all das nur konstatieren würden? Es sähe schlecht aus in der Zukunft. Doch was hier festgehalten werden muss, ist eine Idee. Denn die aufziehende Krise des kapitalistischen Moderne birgt genau eine Chance: Sie zu nutzen, um dieses System endgültig los zu werden, und das, bevor es den Planeten für immer verbrennt.

Es geht um nichts geringeres, als eine Gesellschaft ohne Ungerechtigkeit. Eine Gesellschaft, die Allen eine Stimme gibt, die es sich allein durch ihre Geburt verdient haben. Eine Gesellschaft in der alle Menschen genug zu essen haben. Ein Gesellschaft, die die Macht des Profits und des Patriarchats und des Rassismus bricht, damit niemand mehr den Stiefel im Gesicht haben muss. Wo die Menschen ihre Heimat haben wollen, da sollen sie sein. Die konkrete Utopie ist eine Weltgesellschaft, organisiert in Räten.

Das alles wird nur je möglich sein, wenn wir das werden, was man uns vorwirft zu sein: Die drohende Gefahr für dieses System der Ungerechtigkeit und sein Polizeigesetz.

DIE JURISTISCHE ILLUSION

Wieso die Polizei mehr Schwarzfahrer als Millionäre verhaftet von Rote Wende Leipzig

„Ihr, die ihr euren Wanst und unsre Bravheit liebt
Das eine wisset ein für allemal:
Wie ihr es immer dreht und wie ihr's immer schiebt
Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.“

aus der Dreigroschenoper

Deutschlands Straßen sollen sicherer werden - wer jetzt nach einem Tempolimit oder nach Ausbau des Schienenverkehrs fragt, wird enttäuscht sein. Nachweislich gibt es zwar ein mehrfaches an Verkehrstoten als an Gewalttoten, trotzdem sind im Auto-Land BRD Initiativen von Innenministern entgegen den Interessen der mächtigen Automobillobby kaum zu erwarten. Leichter fällt es da die „Schutzhafte“ aus NS-Zeiten wieder einzuführen und in „Präventivhaft“ umzubenenen, in welcher mich die Polizei ohne Anklage und ohne Maximaldauer für immer in Gewahrsam stecken kann.

Es geht aber nicht um Menschenleben oder um die Sicherheit des Einzelnen, jedenfalls nicht in dem Sinne, dass versucht wird, eine abgesicherte, lebenswerte Existenz im Kapitalismus zu garantieren.

Für die Mehrzahl der Menschen besteht die größte Gefahr darin, sich die Miete nicht mehr leisten zu können oder in Armut abzurutschen und darin leben zu müssen. Doch innerhalb des Kapitalismus wird es nur ein Leben geben, in welchem die Angst vor Not und Elend deine beständigen Begleiter sind. Geldsorgen und Arbeitslosigkeit werden nicht als Ergebnis sozialer Benachteiligung angesehen, sondern als Problem persönlicher Inkompetenz und liederlicher Lebensführung der betroffenen Menschen. Wer einmal zum Jobcenter musste, der weiß, dass es für Bestrafung und Schikane keiner kriminellen Handlung bedarf. Ein starker Staat soll für die notwendige Arbeitsdisziplin so dass wir trotz eines Hungerlohnes weiter schufteln gehen. Diese Politik, die zunehmende Kriminalisierung und der Ausbau der polizeilichen und strafrechtlichen Apparate geht vor allem zulasten jener Bevölkerungsteile, die in besonderem Maße von Armut und sozialer Unsicherheit betroffen sind.

Die Aufgabe der Justiz und der Polizei ist einzig auf die Erhaltung des Status Quo ausgerichtet. Der hoffnungsvolle Aufstand gegen despotische Innenministerkonferenzen und verschärfte Polizeigesetze wird verpuffen, wenn nicht an den Grundpfeilern der Gesellschaft gerüttelt

wird. Während es eben nicht strafbar ist, Menschen aus Wohnungen zu werfen oder Kinder trotz des unermesslichen Reichtums in Deutschland in Armut aufwachsen zu lassen, wird Schwarzfahren oder Lebensmitteldiebstahl gnadenlos verfolgt und mit Haftstrafen geahndet. Und so wird es offensichtlich was dieser bürgerlich-demokratischer Kapitalismus als wirkliches Vergehen erachtet - die nicht Anerkennung der gesellschaftlichen Besitzverhältnisse. Während das Privateigentum heilig und unantastbar ist, interessiert es hier niemanden, wenn du als Obdachloser verreckst oder wegen Diebstahl hinter Gittern vermoderst, denn du bist ersetzbar und nur im Rahmen des kapitalistischen Verwertungsprozesses interessant.

Es darf uns nicht allein darum gehen, die Verschärfung der Befugnisse von Polizei und anderer Exekutivorgane aufzuhalten, es muss das Konzept der herrschenden Klassenjustiz angegriffen werden, denn die Justiz in Deutschland ist nicht unabhängig oder steht über der gesellschaftlichen Gesamtsituation, sie schwebt nicht in salomonischer Weisheit über den Dingen und spricht Urteile die Ausdruck einer „natürlichen“ Gerechtigkeit darstellen. Alle Gesetze die erlassen werden, tragen das Merkmal der herrschenden Idee einer Zeit in sich und damit die Idee der herrschenden Klasse. Die Knäste sind voll mit Menschen die wenig oder nichts haben. Es liegt in der Natur der Sache, dass bei einer gleichen Straftat, ein armer Mensch härter bestraft wird, als ein wohlhabender. Nicht nur der teurere Anwalt und die bessere Sozialprognose - alles an Sprache, Verhalten und Aussehen, wird der Richter beim reichen Menschen positiv bewerten, wie er es bei jemanden aus unserer Klasse negativ auslegen wird. Je weniger du hast, desto härter wirst du bestraft.

Es ist eben nicht die Schlechtigkeit der Armen, sondern der Armut Schlechtigkeit, welches Kriminalität bedingt.

Klassenkampf auf Vorrat

Aktuell kristallisiert sich die Kritik an den neuen Polizeigesetzen, welche über-

all in Deutschland eingeführt werden. Dabei werden die Befugnisse der Behörde dermaßen ausgeweitet, dass die Polizei einem Geheimdienst mit den staatsanwaltlichen Rechten gleicht. Es gibt keinen Zweifel über die Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz und damit auch die Wahrscheinlichkeit von einem Stopp der krudesten Ideen in den Polizeigesetzen, doch die Richtung bleibt dieselbe: der Staat misstraut seiner Bevölkerung.

Gleichzeitig mit den neuen Verordnungen entstehen auch Bündnisse dagegen. Getragen werden diese Bündnisse von verschiedenen Organisationen mit den unterschiedlichsten Ansichten. Vordergrundig stehen dort Parteien, wie die Grünen oder die SPD, welche in manchen Bundesländern die neuen Polizeiverordnungen einführen, um in anderen Bundesländern dagegen zu demonstrieren. Diese momentanen staatlichen und halbstaatlichen Bündnispartner sind die Ersten, welche dir in den Arm fallen, wenn du den Stein in die Scheibe einer Bank werfen willst; sie räumen brav die Barrikaden von der Straße, damit die Bullen Platz zum Knüppeln haben; sie brüllen „Keine Gewalt“ und stellen sich schützend vor einen Nazi, wenn du deine Faust gegen ihn erhebst. Für sie ist die Polizei der Freund und Helfer, welcher mit den richtigen Regeln und Werkzeugen, seine eigentliche Aufgabe nachkommen kann - einzig „zu viele“ Rechte und „zu wenig“ Kontrolle, einzig zu „harte“ Maßnahmen und zu „brutale“ Waffen schaden der Freiheit in diesem Land. Als wäre der Kampfhund plötzlich ein Chihuahua, wenn man ihm nur ein Maulkorb verpasst. Und als wäre der Frieden und die Freiheit, welchen sie bewahren wollen, der Frieden und die Freiheit aller und nicht einzig die Freiheit mich bestmöglichst gewinnbringend zu verkaufen; der Frieden des kapitalistischen Alltags. Und genau da gehen die Wege auseinander.

Es gibt keine Möglichkeit den Charakter der Institution Polizei zu verändern. Dies wird gerade durch die Bestrebungen nach „unabhängige Kontrollstellen“ oder einer möglichst pazifistischen Ausrüstung bestätigt, denn das Misstrauen vor zu viel Polizeibefugnissen offenbart das Wissen des automatischen Missbrauchs durch die Polizei, welcher unausweichlich passieren wird. Die Polizei wird jedes Mittel einsetzen, welches sie in die Hand bekommt und beständig nach „noch mehr“ schreien. Sie ist darauf ausgelegt,

die Interessen der Mächtigen gegen den Rest der Gesellschaft zu bewahren - dass sie bei dieser Aufgabe auch Dinge tut, die auch der Restbevölkerung nutzt sei unbestritten. Doch die Ruhe und Ordnung, welche sie bewahren soll, ist die Ruhe und Ordnung der Wertschöpfung. Stabile Verhältnisse sind der Grundpfeiler für eine ungestörte Akkumulation. Jede bürgerliche Regierung wird sich genötigt sehen, weitere Zugeständnisse zu machen, um nur nicht als „Bremsen beim Kampf für Recht und Ordnung“ zu gelten. Doch offenbar dämmert es so manchem bürgerlichen Liberalen, dass der Unterschied von Polizei in Diktaturen und Demokratien nur durch ein zartes Mäntelchen von gesetzlichen Regelungen sichtbar wird, welches allzu schnell abgelegt werden kann.

Der Kern der Institution Polizei ist jedoch immer der selbe und dementsprechend auch die Möglichkeit des schnellen Wechsels von „Gut“ zu „Böse“. Die Polizei unter einer AfD-Regierung wird dann ihr volles Potenzial ausschöpfen, welches vorher von den anderen „demokratischen“ Parteien noch perfekt gezügelt schien. Die Staatsgewalt ist heute längst nicht mehr von der Logik der Eskalation und des Bürgerkriegs geprägt, sondern von einer immer niedriger werdenden Schwelle, ab der von Seiten des Staates unter Androhung oder Ausübung von Gewalt eingegriffen wird. Kleinste Demonstrationen von wenigen 100 Menschen sehen sich von einem Aufgebot gepanzerter Einheiten umringt, das nur eines zum Ausdruck bringt: „Ihr seid eine potenzielle Gefahr, die wir bei der kleinsten Re-

gung verprügeln und verhaften werden.“

Der Wunsch nach Kontrolle und Sicherheit in diesen unsicheren neoliberalen Zeiten, in welchen nichts mehr kontrollierbar scheint, ist nachvollziehbar. Jedoch wird es nicht sicherer werden, da die Ursachen für die Kriminalität und Gewalt nicht durch Polizei und Justiz bekämpft werden kann, sondern maximal die Symptome.

Erst die Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse wird eine Welt ermöglichen, in welcher Polizei und Justiz nicht vordergründig der Verteidigung der ungleichen Besitzverhältnisse dienen und damit vielleicht auch eine Welt ganz ohne Polizei, Justiz und Knäste denkbar wird.

AKTIV GEGEN DAS NEUE POLIZEIGESETZ

BÜNDNIS POLIZEIGESETZ STOPPEN!
WWW.POLIZEIGESETZ-STOPPEN.DE

KEIN POLIZEIGESETZ!
WWW.KEINPOLIZEIGESETZ.NOBLOGS.ORG

DISKUTIEREN IM KNAST

Wohin uns die Gefahr führt von GG/BO Leipzig

Für den Bereich der Gefahrenabwehr ergeben sich die Eingriffsbefugnisse der Polizei aus dem Polizeigesetz des Landes Sachsen, dem Sächsischen Polizeigesetz (Sächs PolG). Der präventive Ansatz von Polizeigesetzen wird kommunal durch Polizeiverordnungen untermauert. Auch hier, in den Städten, werden durch Polizeiverordnungen konstant die Befugnisse der Polizei erweitert - die Grenzen verschoben. Nun sollen die Befugnisse „bevor etwas passiert“ noch einmal kräftig erweitert werden. Prävention wird zunehmend zur Repression. Das geht zu weit und sollte Wahlkampfthema werden.

Das Problem heißt CDU

Die Vorverlagerung von Eingriffsbefugnissen ist bundesweit schon seit den 70er Jahren zu beobachten. CDU/CSU bilden dabei, auf Bundes- und Länderebene die Vorreiter. Baden-Württemberg und Bayern, als CDU/CSU alleinregierte Länder, halfen mittels Verwaltungshilfverträgen nach der Wende die sächsische Verwaltung aufzubauen. Beispielsweise lautete bis 1994 die Formulierung der Aufgabe der Polizei „Gefahrenabwehr und Beseitigung von Störung“. Dank der CDU Sachsen sollten von nun an „Straftaten verhindert und vorbeugend bekämpft werden.“ Konkret hatte dies zur Folge, dass seit 1994 öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen auch gefilmt werden können, seit 1999 öffentliche Kameraüberwachung, verdachtsunabhängige Kontrollen möglich sind, sowie die Einrichtung von zeitlich befristeten Kontrollbereichen realisiert wird.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Sächsischen Polizeigesetzes kommen die Ausweitung der Kameraüberwachung bis zu

30km im Grenzbereich, die Kennzeichen- und Gesichtserkennung, das Auslesen und Abgleichen biometrischer Daten sowie mehr Überwachungsinstrumente für Kommunen dazu.

Auch wenn das Motiv der „drohenden Gefahr“ nominell nicht den Stellenwert hat wie im bayerischen, ist es doch auch in Sachsen roter Faden des Gesetzesentwurfs. Die Logik der „drohenden Gefahr“ hält mittels einer komplexeren Formulierung Einzug. Sie lautet: „Wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person innerhalb absehbarer Zeit ein, ihrer Art nach konkretisierte Straftat von erheblicher Bedeutung begehen“. Dabei ist die Formulierung „ihrer Art nach“ so unkonkret, dass selbst Rucksackträger*innen zur „drohenden Gefahr“ werden können.

Sogenannte „Gefährder“, deren (vermutete) Kontakt- und Begleitpersonen haben Überwachung, Kontaktverbote, -gebote, Fußfesseln zu befürchten. Dabei besteht keine Nachweispflicht der Gefahr durch die Polizei. Gemeint sind wir mit den Verschärfungen alle.

Dass die Quellen-TKÜ, also der vollständige Zugriff auf technische Geräte, nicht im geplanten Polizeigesetz vorgesehen ist, wird von der SPD als „Erfolg“ verkauft. Auch bundesweit knicken CDU Koalitionspartnerinnen vor dem Sturm auf Grundrechte reihenweise ein. Ohne, dass das Problem CDU beim Namen genannt wird.

Soziale Konflikte werden als Sicherheitsprobleme und autoritär behandelt

Die Polizei wird im Tagesgeschehen immer mehr zur politischen Akteurin. Das

ist eine allgemeine Entwicklung, nicht sachsenspezifisch. Nebst „kritischer Versammlungslagen“ wird sie unkritisch in immer mehr Gremien einbezogen. Wer stellt sich dabei die Frage, was das mit der Sicherung des Gewaltmonopols zu tun hat? Das Argument „Prävention ist besser als Repression“ mag plausibel erscheinen, jedoch werden soziale Konflikte vermehrt als Kriminalität behandelt. Beispielsweise ist die Polizei seit 2002 Mitglied im Drogenbeirat Sachsen. Dass die CDU über die Polizei in einen sozialen Konflikt eingreift, ist an dieser Stelle evident.

Die Gewaltenteilung und Grundrechte wurden nicht nur zu den G20-Protesten aufgehoben. Mit der „unabhängigen Beschwerdestelle“ der sächsischen Polizei, angesiedelt beim CDU geführten Innenministerium, wird angesichts der anonym uniformierten Schlägertruppen Rechtsstaatlichkeit simuliert.

Ein amtierender CDU-Polizeipräsident, der während einer Diskussionsveranstaltung die „Kennzeichnungspflicht für Demonstrantinnen“ forderte, soll sie nun bekommen - mittels erweiterter Überwachungsbefugnisse. Das Konstrukt der parteinahen Polizei, satirisch wie der Hutbürger, wird schon jetzt mittels § 114 StGB (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) zur bitteren Realität, wenn dem CDU-Polizeibeamten in der Gastwirtschaft nicht der Weg frei gemacht wird.

In Kombination mit einer potentiellen AfD-Koalition könnten wir genügend Gelegenheit bekommen über all das zu diskutieren – im Gefängnis.

Wir unterstützen alle Bemühungen unsere Freiheitsrechte zu sichern. Vor und nach der Landtagswahl, ebenso wie vor und hinter den Gittern. Web: leipzig.ggbo.de

Solidarität

GEGEN DIE VERBOTE

INDYMEDIA

KURDISCHE
BEWEGUNG

ROTE HILFE

LINKSUNTEN.
SOLIGRUPPE.ORG

PKK-VERBOT-AUFHEBEN.
BLACKBLOGS.ORG

ROTE-HILFE.DE

DAS NEUE POLIZEIGESETZ STRESST

Verschärfung aller Zustände von Out of Action

Wir sind von der sächsischen Polizei gewohnt, dass sie martialisch auftreten, am Rande von Nazidemos ihre Kamerad*innen mit Handshake begrüßen und die Nazis schließlich weitestgehend gewähren lassen, wenn sie People of Colour und Linke jagen. Dieser große braune Haufen soll nun also um das neue Polizeigesetz in Sachsen erweitert werden.

Die krasse Ausweitung von Überwachung, die angekündigte neue Bewaffnung der Polizei und all die anderen Verschärfungen machen es schwer, nicht zu verzweifeln.

Das Polizeigesetz dient unter anderem dazu, der Polizei mehr Handlungsmöglichkeiten zu geben Straftaten vorzubeugen. Das heißt, es ermöglicht mehr Überwachung und erlaubt der Polizei präventiv (also ohne eine konkrete Ermittlung oder Straftat) einzugreifen und evtl. auch Menschen festzusetzen. Insgesamt wird also der Repressionsapparat des Staats bzw. der Polizeibehörden ausgebaut.

Ein ganz zentrales Ziel von Repression ist es Druck auszuüben und Betroffene (und deren Umfeld) in einem Gefühl der Hilflosigkeit, Verzweiflung bzw. Zweifeln versinken zu lassen. Da raus zu kommen ist nicht leicht.

Es kann helfen, sich bewusst zu machen, dass dieses Gefühl der Ohnmacht und der Handlungsunfähigkeit nicht an uns liegt. Die Einschüchterungen durch prügeln Cops auf Demos oder jetzt im Kontext des neuen Polizeigesetzes und seiner großen Drohkulisse, zielen darauf ab, dass wir uns schwach und handlungsunfähig fühlen.

Wenn wir das nicht als unsere eigene Schwäche begreifen, fällt es uns leichter mit Freund*innen darüber zu sprechen, Erfahrungen auszutauschen und uns gemeinsam wieder aufzuhelfen.

Wirkung von Repression

Doch das Gesetz soll uns nicht nur einschüchtern, sondern tatsächlich auch unsere praktischpolitische Tätigkeit erschweren, und damit ein immer totali-

täres System festigen. Durch massive Videoüberwachung des öffentlichen Lebens, die Einführung der „Gefährder*innen“ und die militärische Aufrüstung der Polizei wird die Macht der Polizei ausgebaut, was insbesondere den Menschen Schwierigkeiten bereiten wird, die keine Freund*innen der Polizei sind, aber eigentlich alle - und damit meinen wir wirklich alle - betrifft.

Und zu allem Übel werden Sondereinheiten der Cops auch noch militarisiert, also mit Maschinengewehren, Elektroschockern, Gummigeschossen ausgestattet.

Das Polizeigesetz, das wir als einen weiteren Schritt in Richtung eines totalitären Systems begreifen, zielt dabei nicht nur auf eine emanzipatorische, linke Bewegung. Der Aufschwung rechter Ideologien insbesondere in Sachsen ist vor allem auch rassistisch, antisemitisch, antifeministisch, ... und das kann man auch innerhalb der Reihen insbesondere sächsischer Polizist*innen beobachten. Das Polizeigesetz gibt den Cops mehr und willkürlicheren Handlungsspielraum und zielt dabei nicht nur auf eine linke Bewegung. Es wird besonders auch das Leben Geflüchteter, People of Colour, Muslime, oder auch Obdachloser erschweren. Nach der Verschärfung des bayerischen Polizeigesetzes sind dort in der Mehrzahl Geflüchtete den vermehrten Repressionen ausgesetzt.

Besonders die Diskussion um Gefährder*innen zielt auf Geflüchtete und Muslime ab. Wer sich in einer Asylbewerber*innenunterkunft gegen die Abschiebung einer Mitbewohner*in stellt und einem Cop im Weg ist, kann wegen einer „Widerstandshandlung“ schnell zum*r Gefährder*in werden. Und wer sich mit einem*r Gefährder*in an den gleichen Orten aufhält kann damit rechnen, dass das Handy abgehört wird.

Wer genau Gefährder*innen sein sollen, ist nicht klar definiert. Es lässt sich also nur mutmaßen, dass alle Personen, die in irgendeiner Weise von den Behörden als Gefahr eingestuft werden, künf-

tig einer Sonderbehandlung der Polizei unterzogen werden.

Doch wer ist die Gefahr? Das können wohl auch Menschen sein, die auf unterschiedliche Weise für eine emanzipatorische Gesellschaft kämpfen. Ein besonders beunruhigendes Beispiel für die Willkür der Entscheidung darüber, wer gefährlich ist, sind die Äußerungen des Ex-VS-Chefs Maaßen, der sich einer linken Verschwörung gegenüber wähnte und dafür letztendlich berentet wurde. Die Verschränkungen von Polizei und rechten Strukturen werden in einem anderen Beitrag in diesem Heft beleuchtet. Und auch die kommenden sächsischen Landtagswahlen und der Höhenflug der AfD bereiten uns in diesem Zusammenhang Kopfschmerzen. Auch die Verwendung fehleranfälligen Algorithmen zur Einstufung von Menschen als „Gefährder*innen“ ist extrem problematisch. Wir bewegen uns hier in Richtung eines totalitären Systems und davon sind wir alle betroffen.

Hand in Hand gegen sächsische Verhältnisse

Da wäre es doch naheliegend, dass wir uns mit anderen Betroffenen organisieren. Vermutlich hatten schon viel mehr Menschen in unserem Umfeld Erfahrungen mit totalitären Systemen, als wir im ersten Moment denken würden. Was waren die Taktiken, von der Freundin, die linke Oppositionelle in der DDR war? Wie hat sich der Onkel im Syrien Assads durchgeschlagen? Wo sind Parallelen zu der uns drohenden Situation und wie können wir uns dem widersetzen? Schließt euch mit euren Freund*innen zusammen und lasst die Repression ins Leere laufen!

Lasst uns gemeinsam das Polizeigesetz verhindern und uns solidarisch der Repression entgegen stellen!

Out of Action ist eine Gruppe von Aktivist_innen, die über die psychischen Folgen von Repression und Gewalt im Kontext von linkem politischen Widerstand informiert. Wir bieten emotionale erste Hilfe für betroffene Einzelpersonen und Gruppen an und unterstützen einen solidarischen Umgang miteinander auch durch Informationsveranstaltungen. Web: outofaction.blackblogs.org

KEIN POLIZEISTAAT



**KEIN
POLIZEIGESETZ**

Infos unter keinpolizeigesetz.noblogs.org